Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1924

3.5.1924 (No. 104)

Visual Library

№ 104 Samstag, den 3. Mai 1924 167. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen.

Amtlicher Teil

Verlängerung der Rekursfrist beim Personalabbau

** Nach einer Entschließung des Staatsministeriums vom 29. April ds. Js. können entsprechend dem Vorgehen des Reiches Beamte, denen die Entlassung oder Versetzung in den einstweiligen Ruhestand schon **vor** dem 1. April 1924 bekannt gemacht worden ist, noch bis **zum 14. Mai** 1924 einschließlich Rekurs nach Artikel 1 § 2 der Verordnung vom 27. März 1924, G.V.Bl. Seite 69, einlegen.

Das Estnische Konsulat in Berlin

** Ants Simm ist zum Estnischen Konsul bei dem Estnischen Generalkonsulat für das Deutsche Reich in Berlin ernannt worden. Nachdem er vom Reich das Exequatur erhalten hat, ist er zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen.

Am Ende der Wahlbewegung

Am heutigen Abend sammeln die Parteien in den meisten Orten noch einmal ihre Anhänger und Gesinnungsfreunde, um sie für den morgigen Tag zur Abgabe des Stimmzettels zu ermuntern. In den Zeitungen aller Parteien und in Wahl-Plakaten wird auf die Wichtigkeit der Wahl hingewiesen; kurz, es herrscht Hochbetrieb!

Im allgemeinen dürfte wohl festzustellen sein, daß der **Wahlkampf in Baden sachlich verlaufen ist**, daß die Ordnungs- und Sicherheitsbehörden mit vielleicht zwei oder drei Ausnahmen, nirgends einzugreifen brauchten. Das gereicht unserem Heimatland zur Ehre!

Die **Wahlbeteiligung** prophetisch zu erfassen, ist schwer. Wir haben bekanntlich in Baden 13 Wahlvorschläge, im Reiche 23. Die Neigung zur Zersplitterung ist also leider überaus stark hervorgetreten. Trotzdem kann man daraus noch keinen Schluß auf starke oder geringe Wahlbeteiligung ziehen. Im allgemeinen Interesse liegt natürlich **eine starke Beteiligung an der diesmaligen Wahl.** Denn von ihrem Ausgang hängt auch die Stellung des Auslandes zum deutschen Reich, hängt die **Kreditfähigkeit** und **Kreditwürdigkeit Deutschlands** ab. Insofern sind also diesmal unsere künftige **Innenpolitik** und unsere **Außenpolitik** im höchsten Maße von dem Ausgang der Wahlen des 4. Mai abhängig. Möchten dies alle Wähler beherzigen. Hat doch die **Reichsregierung** vor 8 Tagen in einem besonderen **Aufruf** hierauf aufmerksam gemacht. Und eben deswegen, weil das Ausland mit großer Aufmerksamkeit den Ausgang der deutschen Reichstagswahl verfolgt, ist jeder Wähler verpflichtet, dieses wichtigen Umstandes bei der Abgabe seines Stimmzettels eingedenk zu sein.

Wollen wir hoffen, daß der Ausgang der Wahl unserem Vaterlande ermöglicht, die großen Aufgaben zu lösen, die ihm in der Frage der **Reparationszahlungen**, der **Konsolidierung unserer Währung**, sowie der Festigung der **staatspolitischen Verhältnisse** im **Innern** usw. obliegen. Die Wähler haben das **wirtschaftliche** und **politische Schicksal des deutschen Reiches für die nächsten Monate und Jahre in der Hand; möge ihre Entscheidung eine glückliche sein!**

75 Parteien! Während 23 Reichswahlvorschläge eingereicht sind, weisen die **Kreiswahlvorschläge 75 verschiedene Parteien** auf. Darunter befinden sich ein „Freier Wirtschaftsbund" (F.F.F.), eine „Liste des freien Wirtschaftsbundes", eine „Schleswig-Holsteinsche Landespartei", eine „Partei der Mieter", eine „Liste des bayerischen Gasthofgewerbes", eine „Deutsche Arbeitnehmerpartei", verschiedene polnische Listen, eine „Masurische Vereinigung", eine „Wendische Volkspartei".

Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den 30. April auf das 1.14billionenfache der Vorkriegszeit, gegenüber dem 1,13billionenfache der Vorwoche ist demnach eine **Steigerung von 0,9 Prozent** zu verzeichnen. Für den **Durchschnitt April** berechnet sich die Reichsindexziffer auf das 1.12billionenfache; gegenüber dem Durchschnitt des März (1.07billionenfache) ergibt sich eine **Steigerung von 4,7 Prozent**, die vorwiegend auf die Erhöhung der Mieten zurückzuführen ist. Die Ernährungskosten allein betragen im Durchschnitt April das 1.23billionenfache der Vorkriegszeit.

Die Organisationsausschüsse. Entgegen anders lautenden Nachrichten wird an zuständiger Berliner Stelle erklärt, daß **bisher keiner** der zur Mitwirkung in den Organisationsausschüssen von der Reichsregierung ernannten **Fachmänner** nach **Paris** gereist ist. Wann und wo die Organisationsausschüsse ihre Tätigkeit aufnehmen werden, ist zurzeit auch **noch nicht entschieden.**

*Für die morgigen Reichstagswahlen

(Notwendige Berechnungen zum Zwecke des Vergleichs.)

Das Resultat der **morgigen Reichstagswahl** wird zu ganz besonders eingehenden Erörterungen Anlaß geben. Dabei wird es notwendig sein, die Ergebnisse der vorhergegangenen Reichstagswahlen zu berücksichtigen, und zwar in der Art und Weise des **Vergleichs**. Denn nur so wird es möglich, eine klare Antwort zu finden auf die Frage, **ob und wieviel Stimmen diese oder jene Partei gewonnen oder verloren hat.**

Zweckmäßig ist es, auch die **letzte Reichstagswahl vor dem Kriege**, also die Wahl vom 12. Januar 1912, mitzuberücksichtigen. Hat sich doch mehr und mehr gezeigt, daß die meisten heutigen Parteien als Erbe und Fortsetzung der alten Vorkriegsparteien zu betrachten sind. Bei einzelnen von ihnen, so beim **Zentrum** und der **Sozialdemokratie**, hat von vornherein der Wille bestanden, unter Beibehaltung des alten Namens das zu bleiben, was man schon früher gewesen war.

Bei anderen Parteien ist es so, daß sie zwar anfangs etwas ganz Neues zu sein vorgaben, später aber merkte man, daß auch sie, mochte selbst der Parteiname ganz anders lauten, nur die Tradition der Partei fortsetzten, aus deren Wählerschichten sich auch im wesentlichen ihre eigene Partei zusammensetzte. Die **Deutschnationalen** sind heute noch die alten Konservativen. Nur, daß sie nicht gerade den augenblicklichen Zustand konservieren möchten, sondern den **vor dem Kriege**. Besser wäre also die Bezeichnung „Reaktionäre". Die **Deutsche Volkspartei** ist heute so recht die Verkörperung dessen, was früher nationalliberal hieß. Und die **Deutschdemokraten** sind nichts anderes, als die Erben der früheren Fortschrittspartei.

Neu sind als große Parteien die **Deutschvölkischen** und die **Kommunisten**. Erstere haben allerdings in den antisemitischen Parteien der Vorkriegszeit ihre Vorläufer. Und die Kommunisten sind ein Teil des früheren Gesamtsozialismus in Deutschland.

Vorauszuschicken ist ferner folgendes: Eine mit dem Mittel des Vergleichs arbeitende Betrachtung hat nur dann einen Zweck, wenn sie den **prozentuellen Anteil** ausrechnet, den jede Partei bei jeder der letzten Reichstagswahlen **an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen** gehabt hat. Denn sonst kommt man zu falschen Schlußfolgerungen, da sich seit 1912 die Bevölkerungszahl vermindert hat, und die Frauen als Wähler hinzugekommen sind.

Betrachten wir nun also die **Reichstagswahl vom 12. Januar 1912.** Abgegeben wurden 12 188 337 Stimmen. Der prozentuale Anteil betrug:

für die Konservativen im weiteren Sinne dieses Wortes	14,7 %,
für die Antisemiten	0,8 %,
für den Bayerischen Bauernbund	0,4 %,
für den Deutschen Bauernbund	0,25 %,
für das Zentrum	16,5 %,
für die Nationalliberalen	13,7 %,
für die Fortschrittspartei	13,0 %,
für die Sozialdemokraten	34,8 %,

Gegen 4 % entfielen auf Polen, Dänen usw., sowie auf Wilde, Unbestimmte und Zersplitterte. Im übrigen hatten wir auch 1912 im ganzen nicht weniger als 21 Parteien!

Bei den **Wahlen zur Nationalversammlung** (Wahlen vom **19. Januar 1919**) entfielen auf die beiden sozialistischen Parteien, also Sozialdemokraten und Unabhängige 45,2 % der abgegebenen Stimmen, und demgemäß 54,8 % auf die übrigen Parteien. Der **prozentuale Anteil** war folgender:

für die Deutschnationalen	10%,	also 4,7%	Verlust geg. 1912
f. d. Deutsche Volkspartei	6%,	also 7,7%	" " "
f. d. Zentrum	20%,	also 3,5%	Gewinn " "
f. Bayer. Bauernbund	0,8%,	also 0,4%	" " "
f. d. Demokraten	18%,	also 5%	" " "
f. d. Sozialdemokraten	37,6%,	also 2,8%	" " "
f. d. Unabhängigen	7,6%	— —	— — —

Nun zu den **Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920:** Damals betrug der **prozentuale Anteil** an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:

bei d. Deutschnationalen	14,5%,	also 0,2%	Verlust geg. 1912
b. d. Deutschen Volkspartei	14%,	also 0,3%	" " "
b. Zentrum	14%,	also 2,5%	" " "
b. d. Bayer. Volkspartei	5%,	— —	— — —
b. d. Deutschdemokraten	8,6%,	also 4,4%	Verlust geg. 1912
b. d. Hannoveranern	1,3%,	— —	— — —
b. d. Sozialdemokraten	22%,	also 12,8%	Verlust geg. 1912
b. d. Unabhängigen	19%,	— —	— — —
b. d. Kommunisten	1,6%,	— —	— — —

Was die einzelnen Parteien 1920 im Vergleich mit der Wahl vom Jahre 1919 verloren und gewonnen haben, kann sich jeder an Hand unserer Tabellen selber ohne weiteres berechnen.

Das Charakteristikum der Wahlen vom Jahre 1920 war, wenn man mit 1912 vergleicht, ein Anwachsen des extremen linken Flügels, also der **Unabhängigen**. Diese hatten den Sozialdemokraten einen großen Teil der Wähler weggenommen. Die Sozialdemokratie hatte im Jahre 1912 einen prozentualen Anteil von 34,8 %. Jetzt hatte sie nur noch 22 %. Rechnete man allerdings die **drei sozialistischen Parteien** (Sozialdemokraten, Unabhängige und Kommunisten) **zusammen**, so ergab sich ein prozentueller Anteil an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen von 42,6 %, also ein Gewinn von 8,2 % gegen 1912.

Man wird nun das neue Wahlresultat, prozentuell nach den einzelnen Parteien berechnet, mit den hier zusammengestellten Ergebnissen vergleichen können und nur so zu einem richtigen Urteil über die durch die morgige Wahl sich vollziehende Kräfteverschiebung gelangen. Dazu muß allerdings das **genaue Resultat** abgewartet werden.

Kurze Nachrichten

Auflösung des Ministeriums für Wiederaufbau. Auf Beschluß des Reichskabinetts wird nunmehr das Reichsministerium für Wiederaufbau aufgelöst. Die Fortführung der bisher in diesem Ministerium erledigten Arbeiten wird vom **Reichsfinanzministerium** übernommen. Aus diesem Anlaß scheidet der Staatssekretär Dr. **Müller** aus dem Reichsdienst aus, in dem er 28 Jahre auf wirtschaftlichem und handelspolitischem Gebiet in den verschiedensten Stellungen tätig gewesen ist.

Die Münchener Infanterieschule. Das Schicksal der Münchener Infanterieschule, deren Angehörige sich an dem Novemberputsch des vorigen Jahres auf Hitlers Seite beteiligt haben, behandelt eine Veröffentlichung im Heeresverordnungsblatt, in der es heißt: daß die **Lehrgänge** bei der Infanterieschule vom 1. Mai bis 30. Sept. auf dem Truppenübungsplatz **Ohrdruf** abgehalten werden und daß in München während dieser Zeit nur ein Wachkommando verbleibt. Ob die Infanterieschule endgültig von München nach einer anderen Stadt verlegt wird, steht noch nicht fest.

Ein neuer Reichsangestelltentarif. Die Verhandlungen über den Abschluß des Tarifvertrages für die Angestellten bei der Reichsverwaltung wurden am Freitag im Reichsfinanzministerium beendet. Der neue Reichsangestelltentarifvertrag wird demnächst im Reichsbesoldungsblatt veröffentlicht. Er tritt mit dem 1. April in Kraft.

Zollgebühren im besetzten Gebiet. Der leitende Zollausschuß hat, wie aus **Köln** gemeldet wird, mit Wirkung vom 1. Mai an die Zollgebühren für **Postpakete** aus dem besetzten Gebiet nach dem unbesetzten Deutschland **vervierfacht.** Die Sätze sind folgende: 0,80 M. für Pakete bis zu 5 Kilogramm, 1,60 M. bis zehn Kilo, 2,40 bis 15 Kilo und 3,20 bis 20 Kilo.

Neuer Konflikt im Ruhrbergbau. Auf den Beschluß des alten Bergarbeiterverbandes hin, nach dem 30. April wieder untertags nur noch 7 Stunden und übertags 8 Stunden zu arbeiten, haben am Freitag, wie aus **Essen** gemeldet wird, auf verschiedenen Schachtanlagen des Ruhrgebietes die Belegschaften nach 7stündiger Schicht die Ausfahrt aus den Gruben erzwungen. Wie verlautet, beabsichtigen die Zechenbesitzer, den Bestrebungen der Bergarbeiter, wieder zu verkürzter Arbeitszeit überzugehen, den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.

Die französisch-deutschen Handelsbeziehungen. Der „Matin" **bestätigt** die gestrige Meldung des „Journal", daß Handelsminister **Loucheur** mit den Vorarbeiten zur Regelung der **französisch-deutschen Handelsbeziehungen** ab 10. Januar 1925 beschäftigt ist. An dem genannten Zeitpunkt laufen bekanntlich die Bestimmungen des Versailler Vertrages über die deutsch-französischen Handelsbeziehungen, insbesondere die Sonderregelung zugunsten von Elsaß-Lothringen ab.

Ablehnung des Proporzsystems in England. Der Antrag der Liberalen auf Einführung des Wahlproporzsystems wurde vom englischen **Unterhaus** mit 238 gegen 144 Stimmen **abgelehnt.** Die Konservativen stimmten mit Ausnahme einiger früherer Minister geschlossen gegen die Vorlage, die Liberalen ebenso geschlossen dafür, während bei der Arbeiterpartei die Meinungen geteilt waren. Mehr als 100 Arbeiterabgeordnete stimmten für die Vorlage, die übrigen dagegen.

Die Revolution auf Kuba. Nach Neuyorker Meldungen ist in Havana eine Revolution ausgebrochen, doch scheinen die ersten Meldungen übertrieben. Die kubanische Regierung ergreift offensichtlich die schärfsten Maßnahmen. Der Präsident Zayas verspricht ein schnelles Ende des Aufstandes, der in seiner Begründung unaufrichtig sei, da doch keine Tyrannei bestehe. Der Führer der kubanischen Revolutionäre, Garcia Velez, verließ Neuyork vor 4 Tagen insgeheim und es ist unbekannt, wo er sich jetzt aufhält.

Eine Rede Stresemanns in Mannheim

Der Reichsaußenminister **Dr. Stresemann** hat am Donnerstag auch in Baden, in einer Versamlung in **Mannheim** in einer großen, politischen Rede die Beweggründe und Ziele seiner Politik auseinandergelegt. Er führte u. a. aus:

Er spreche hier sozusagen an der Grenzmark des Reichs, mindestens da, wo heute die deutsche Souveränität aufhört, wo eine Brücke scheidet, was zusammengehört, da wo seit Jahren deutsche Freiheit nicht mehr gespürt wurde, da, wo Tausende ihre Heimat verlassen mußten, weil sie dem Vaterland die Treue hielten. Ich sprach davon, daß wir jetzt **vor großen außenpolitischen Entscheidungen stehen,** die ich immer unter dem Gesichtspunkte sehe, ob es uns möglich ist, in Bezug auf die Freiheit der besetzten Gebiete etwas zu erreichen. Hätten wir Deutsche politischen Verstand, dann gäbe es nicht 23 Parteien in schicksalsschwerer Stunde! (Lebhafter Beifall.) Hätten wir gelernt, das Kleine klein und das Große groß zu sehen, dann würden wir wissen, daß es kaum je eine Zeit gegeben hat, in der deutsche Parteizersplitterung so sehr die beste **Unterstützung für feindliche Absichten** gegen Deutschland gewesen ist. Es muß sich zuerst um die Erhaltung des Reichs handeln. Niemals ist ein Volk mehr **um den Frieden betrogen** worden als das deutsche Volk. Eine internationale Konferenz ist der andern gefolgt. Wir sahen sie in Cannes, Genua, wir sahen sie in Spaa, und überall da waren es immer wieder die großen Probleme, und das Verhältnis zur Welt, das sie besprachen. Immer handelte es sich um die eigenen Interessen der Alliierten. Ich glaube, diese Konferenzen fänden nicht statt, wenn nicht auch die Interessen anderer mächtiger Völker mit in Mitleidenschaft gezogen wären. Das **Einzige,** was uns heute zur Verfügung steht, das Einzige, was für uns spricht in diesem Ringen, ist die Tatsache, daß ein politischer Niederbruch Deutschlands schließlich **nicht ohne Folgen in der ganzen Welt vorübergeht.** Der Ruhrkampf mit dem, was wir erlebt haben, der Versuch, sich einmal doch nicht zu beugen, sich gegen die Macht zu setzen, steht uns noch deutlich in Erinnerung, aber der Ruhrkampf ist nicht vergeblich gewesen, denn wenn er auch zusammengebrochen ist, so hat er doch der Welt eines gezeigt, daß nämlich das Deutsche Reich der Gegenwart nicht ohne seine Bewohner dasteht, von denen die feindliche Propaganda behauptet, daß sie in den besetzten Gebieten froh wären, von dem Reich loszukommen. Mir scheint es, daß wir die ganze **Frage des Sachverständigengutachtens** unter dem Gesichtspunkt zu prüfen haben: Bringt es uns die **Freiheit** oder bringt es uns **keine Freiheit?** Bringt es uns Freiheit, dann ist meines Erachtens das ein erbärmliches Volk, das keine Opfer bringen kann für seine Freiheit. Bringt es uns aber die Freiheit nicht, dann haben wir keine Veranlassung, neue Bindungen auf uns zu nehmen. Unter anderem hat sich auch Herr Staatssekretär v. Tirpitz gegen die Stellungnahme der Regierung gewandt. Er sieht die Dinge anscheinend in falschem Licht. Das Sachverständigengutachten ist unter **beratender Mitwirkung des Deutschen Reiches** zustande gekommen. Die ganzen in ihm enthaltenen Fragen sind zwischen Berlin und Paris verhandelt worden. Das trifft besonders auf die Währungsbank zu. Dr. Schacht und andere Persönlichkeiten sind wochenlang zu Verhandlungen drüben gewesen. Die Dinge waren uns nicht neu, wir sahen sie entstehen und werden. Frankreich **hat** behauptet, daß Deutschland einen betrügerischen Bankerott gemacht habe. Deutschland könnte zahlen, wolle aber nicht zahlen. Deshalb hätte man das Pfand nehmen müssen. Das **Gutachten der Sachverständigen** erklärt, daß Deutschland heute überhaupt keine Zahlungen leisten **darf.** Eine deutsche Regierung wäre verbrecherisch, wenn sie jetzt irgendwelche Reparationen zahle. Die Sachverständigen erklären, wenn wir nicht zahlen können und nicht zahlen dürfen, müßten die Reparationen durch eine **internationale Anleihe** im ersten Jahr finanziert werden. Frankreich verlangt demgegenüber sofortige Weiterzahlung. Wenn wir während des Weltkrieges bis über die Ohren verschuldet gewesen wären, dann wären weit mehr Mächte daran interessiert gewesen, daß wir nicht zugrunde gingen. Da wir aber den Stolz gehabt hatten, aus Eigenem alles aufzubringen, war dies nicht der Fall und heute, wo wir nicht mehr um den Sieg kämpfen, sondern um unsere **nackte Existenz ringen,** müssen wir darauf hinwirken, daß das Ausland mit vielen Millionen an Deutschlands Prosperität interessiert ist. Wir haben den ersten Schritt dazu getan bei der Errichtung der Golddiskontbank, die ja nur mit Hilfe der Bank von England möglich war. Wenn einzelne Mächte, über die sich die Sachverständigen nicht äußern wollen; irgendwelche Organisationen in Deutschland noch aufrecht erhalten, seien es Besetzungen in Deutschland, die Militärkontrolle oder andere Dinge dieser Art, so sagen zwar die Sachverständigen, daß sie sich nicht damit befassen können. Aber Deutschland darf die **Bezahlung dieser Dinge in Zukunft** niemals mehr zur Aufgabe haben. Sie gehen zu Lasten derjenigen, die diese Besetzung unterhalten. Wenn die volkswirtschaftliche Vernunft zu uns spricht, müssen wir von der Regierung die Arbeiten ebenfalls vernunftmäßig erledigen. Die Deutschnationalen zitieren die Regierung vor den Staatsgerichtshof, weil sie das Sachverständigengutachten als sachliche Grundlage zu Verhandlungen bezeichnet habe. Das ist die **beste Unterstützung der Politik des Herrn Poincaré,** die man sich denken kann. Die anderen Mächte werden sich dann nicht weiter um uns kümmern wollen und unser Geschick Herrn Poincaré zu bestimmen überlassen. Es wäre verantwortungslos gewesen, wenn eine Regierung diesen Weg gegangen wäre.

Wenn allerdings die **deutschen Eisenbahnen** die Grundlage sein sollen für deutsche Zahlungen, dann müssen auch die ganzen deutschen Eisenbahnen wieder in der Hand des deutschen Reiches sein. Das bedeutet, daß die französische Regie aufzuhören hat, daß die sämtlichen deutschen Eisenbahnen unter der Kontrolle der deutschen Regierung stehen, die ja schließlich die Hauptaktionärin bleibt. Eine andere Voraussetzung für die deutschen Leistungen ist, daß Deutschland die **Souveränität über den gesamten Reichshaushalt** wieder in seine Hände bekommt. Um die Weltwirtschaft wieder in Ordnung zu bringen, müssen im besetzten Gebiet die militärischen Beschränkungen verschwinden. Wir sind der Meinung, daß, wenn nach Meinung der Mächte durch die Annahme des Gutachtens die Reparationsfrage gelöst ist, damit der Ruhrkampf zu Ende ist, daß damit alle die Kämpfe zu Ende sind, die seit dem 11. Januar hier zwischen Deutschland und Frankreich ausgefochten wurden und daß infolgedessen selbstverständlich die **Ausgewiesenen zurückkehren** können in die Heimat und daß jeder Deutsche das Recht hat, in seiner Heimat zu wirken. Leidenschaftliche Proteste dagegen, daß die Regierung in dieser Frage so gehandelt hat, sind von der Rechten geführt worden, und man hat mich erneut zum dritten Mal vor den Staatsgerichtshof zitiert. Ich möchte einmal dem eins entgegenhalten: Immer schreit Ihr nach dem **Diktator** und nach Führung und wenn die Regierung führt, klagt Ihr sie an. Schließlich ist die Regierung da, um die deutschen Interessen zu vertreten. Sie kann nicht warten, bis das liebe, deutsche Volk am 4. Mai spricht. **Regierung kommt schließlich von Regieren!** Sie hätten eine traurige Regierung, wenn sie eines nicht täte, die Verantwortung auf sich zunehmen. (Lebhafter Beifall.)

In neuerer Zeit zeigt sich in Deutschland mehr und mehr die Neigung zum Extrem. Es wäre aber nichts anderes als eine neue Illusionspolitik, wenn wir uns die Macht vortäuschten, die wir nicht haben. Wenn ich irgend etwas besonderes bedauere, dann ist es die ganz falsche Einstellung weiter Kreise zu dem Begriff National. **National sein, das heißt Opfer bringen.** National sein, heißt alles tun, um das Reich zu erhalten, damit die Grundmauern stehen bleiben, auf denen später einmal das Haus wieder aufgebaut werden kann. Ich habe manchmal jedoch von Leuten, die mir angeblich gut wollen, gehört: „Warum sagen Sie nicht im Reichstag zu den Feinden: Ich werfe Ihnen den Vertrag vor die Füße! Dann würden Sie der populärste Mann im deutschen Reiche sein! Es ist heute **außerordentlich leicht, der populärste Mann in Deutschland zu werden,** nur frage ich mich, **wie lange** man es bleiben würde. Ich sage mir, ein Politiker reift erst dann heran zum staatsmännischen Denken, wenn er die Kraft aufbringt, auch unpopuläre Politik zu machen und sich nicht darum zu kümmern, ob auch einmal die Partei Schaden leidet. Die Parteien sind nur Instrumente. Diese können zerbrechen, wenn nur das Reich bleibt. Das ist die Auffassung, die ich von der Politik habe. (Lebhafter stürmischer Beifall.) Unseren Enkeln und Söhnen, die das Deutsche Reich wieder aufbauen müssen, muß das Reich erhalten bleiben. Wir müssen die Idee der Freiheit in erster Linie betonen. Es darf heute nur Eines geben, die große nationale Einheitsfront. Der Begriff National darf nicht im Parteisinn aufgefaßt werden, sondern so, daß jeder jedem die Hand reicht, von dem er die Empfindung hat, daß er es ehrlich meint, seinem Vaterland zu helfen.

Politische Neuigkeiten

Ein Appell des Reichskanzlers Marx

Reichskanzler **Marx** gewährte dem Vertreter der „Germania" eine Unterredung, in der er folgendes ausführte:

Jetzt stehen wir unmittelbar vor den Wahlen, die für das deutsche Volk von schicksalsschwerer Bedeutung sind. Als ich die Auflösungsorder des Reichspräsidenten im Reichstage verlas, erklärte ich namens der Reichsregierung, daß sie sich schützend vor ihr Werk stellen wolle, das dem deutschen Volke nach schwersten Erschütterungen wieder Ruhe und Sicherheit gebracht hat, durch die Währung erhalten und die Wirtschaft wieder in Gang gesetzt worden ist. Darum hätte im Wahlkampf gestritten werden müssen, wenn er ehrlich und sachlich geführt werden sollte! Mit Bedauern muß ich aber feststellen, daß kaum je ein Wahlkampf in Deutschland innerlich so unwahr und unwahrhaftig, **so klein und gehässig** gewesen ist wie dieser. In allen Wahlreden, die gehalten, und in allen Wahlartikeln, die geschrieben worden sind, konnte ich auch **nicht einmal** feststellen, daß dem deutschen Volke ein anderer Weg zur Rettung und in die Freiheit gewiesen worden wäre, als der Weg, den die Reichsregierung pflichtbewußt gegangen ist und den nach meiner tiefsten Überzeugung das deutsche Volk weiter gehen muß, wenn es nicht auch das Letzte, das ihm geblieben ist, aufs Spiel setzen will. Die Gegner bekämpfen zwar die **Gutachten** der Sachverständigen und bezeichnen ihre Annahme als Wahnwitz, scheuen aber vor der **Erklärung** zurück, daß sie verworfen werden müßten. Sie sind empört, wenn ihnen vorgehalten wird, daß die Ausführung ihrer Pläne und Forderungen den Krieg bedeuten werde, **vermögen** aber **nicht zu sagen, was anders sie denn wollen.** Welch anderen Sinn kann denn ihr Gerede vom Zerreißen des Versailler Vertrages haben, welch anderen Sinn soll man denn aus den schreienden Plakaten herauslesen, mit denen sie für sich Reklame machen, als den Krieg?

In letzter Stunde noch möchte ich das deutsche Volk an seine hohe Pflicht erinnern, am 4. Mai alle **kleinen Sonderinteressen,** die in der erschreckend großen Zahl der Kreiswahlvorschläge einen beschämenden Ausdruck gefunden haben, zurückzustellen und nur nach den großen Gesichtspunkten, um die am 4. Mai gestritten werden soll, ihre Stimme zu geben. Der wählt **nicht deutsch,** der sich am 4. Mai durch die Aufwertungsfrage, den Beamtenabbau oder den Steuerdruck bestimmen läßt; nur der wählt deutsch, der bei seiner Stimmabgabe sich bewußt ist, daß es um die Rettung des Vaterlandes und um den Wiederaufstieg unseres Volkes geht. **Wer seine Wahlpflicht nicht erfüllt, handelt wie ein Deserteur, der vor der Schlacht feige zurückweicht.** Wer am 4. Mai durch seine Schuld nicht wählt, vergeht sich aufs allerschwerste an seinem Volke und seinem Vaterlande und ist nicht wert, ein Deutscher zu sein. Gerade weil die extremen Parteien rechts und links alle ihre Wähler in das Wahllokal treiben werden, darum ist es dringend not, daß auch die **Mittelparteien,** wenn nicht zu 100 Prozent, so doch zu 90 Prozent **vernünftige Deutsche** an die Urne bringen; geschieht das, dann besteht die sichere Gewähr, daß Deutschland nicht neuen schweren Erschütterungen ausgesetzt wird und das Werk der Rettung und der Wiederaufstieg unseres Volkes in Ordnung und Ruhe fortgeführt werden kann.

Ausgewiesene und zurückgekehrte Eisenbahner

Nach einer Zusammenstellung des Reichsverkehrsministeriums sind im Bereich der **Eisenbahnverwaltung** Ende April aus den besetzten Gebieten rund **26 000 Beamte und Arbeiter mit 63 000 Angehörigen als ausgewiesen festgestellt** worden. Davon haben hauptsächlich, allerdings erst in den letzten Wochen, **4400 Eisenbahnbeamte und Arbeiter die Genehmigung zur Rückkehr** erhalten. Wieviel Angehörige dieser Bahnangestellten von der Rückkehrgenehmigung Gebrauch machen konnten, war noch nicht festzustellen, da wegen der Schwierigkeit der Unterbringung zahlreiche zurückkehrende Flüchtlinge ihre Familien vorläufig noch im unbesetzten Gebiet lassen mußten. Man schätzt die Zahl der zurückgeführten Angehörigen auf 7000 bis 8000. Im ganzen konnten danach von etwa 90 000 ausgewiesenen Personen erst 12 000 bis 13 000 ihre Heimat wieder aufsuchen.

General de Metz

hat der pfälzischen Presse zum Fall des früheren Bürgermeisters **Helfrich-Münchweiler** eine **„Berichtigung"** zugehen lassen, wonach „die die Maßnahmen der Rheinlandkommission enthaltende **Note** im Namen der drei in der Rheinlandkommission vertretenen Regierung Frankreich, England und Belgien, an die pfälzische Kreisregierung gerichtet worden sei und wonach es sich bei den vorgesehenen Maßnahmen nicht allgemein um die Aufhebung der Rückkehr aller Ausgewiesenen, sondern nur um die ausgewiesenen Beamten handele."

Demgegenüber wird festgestellt, daß unter Abschnitt C der fraglichen Note ausdrücklich gesagt ist: „Es wird den genannten deutschen Behörden (Verwaltungs- und Gerichtsbehörden) mitgeteilt werden, daß künftighin in der Pfalz **keinerlei Rückkehr von Ausgewiesenen oder Strafaufschuberlasse** stattfinden werden, so lange der Sohn des Bürgermeisters von Münchweiler nicht freigelassen ist." Von einer Beschränkung der angedrohten Sanktionen auf die ausgewiesenen Beamten und staatlich Angestellten mit ihren Familien ist somit in der Note keine Rede. Die Einschränkung wäre auch insofern nicht von verhältnismäßig großer Bedeutung, als die Zahl der ausgewiesenen Privatpersonen mit Angehörigen aus der Pfalz etwa 600 beträgt und mithin statt rund 20 000 Ausgewiesener immer noch rund 19 000 als Geiseln für die Freilassung des Separatisten dienen würden. General de Metz hat mithin die ihm nach seinem eigenen Zugeständnis nur bezüglich der Beamten von der Interalliierten Rheinlandkommission erteilten Vollmachten von **sich aus eigenmächtig auf sämtliche Ausgewiesenen ausgedehnt,** also in gröblichster Weise mißbraucht, um die Freilassung eines im unbesetzten Gebiet verhafteten **Separatistenschützlings unter Ausnützung der schweren** seelischen und materiellen Nöte der Ausgewiesenen zu erpressen. Ob die in der Rheinlandkommission vertretenen alliirten Regierungen tatsächlich daran gedacht haben und die Verantwortung dafür übernehmen wollen, General de Metz zu ermächtigen, gegen rund 19 000 ausgewiesene Beamte und Staatsangestellte mit Familienangehörigen zur Erzwingung einer Rechtsbeugung Sanktionen anzudrohen? Diese Frage muß gerade jetzt gestellt werden, wo die zweitägigen Besprechungen im englischen Unterhaus bezüglich der Ausgewiesenen und Verhafteten ein beredtes Zeugnis davon abgelegt haben, wie sich das erwachende Weltgewissen immer mehr für das harte, unverdiente Schicksal der Ausgewiesenen und politischen Gefangenen interessiert.

Badischer Teil

Eine Rede des Staatspräsidenten Dr. Köhler

Staatspräsident Dr. **Köhler** sprach auf einer Zentrumsversammlung in **Heidelberg** auch über die **Finanzlage Badens** Er führte dem „Heidelb. Tagbl." zufolge u. a. aus:

Er könne die erfreuliche Mitteilung machen, daß die **Finanzlage Badens durchaus gesund** sei. Es ist uns gelungen, die Staatsfinanzen durch die Stürme der Inflation unversehrt hindurchzubringen. Der Abschluß vom 31. März zeigt nicht nur keinen Fehlbetrag, sondern sogar einen **kleinen Überschuß.**

Ich hoffe, daß unser Budget, daß ich in den nächsten Wochen dem Landtage vorlegen werde, zeigen wird, daß unsere Finanzpolitik gut war, wenn wir sie auch unter den allerschwierigsten Umständen aufstellen müssen. Der **Kredit** des Landes ist durchaus **ungeschwächt.** Wir stehen auchheute **schuldenfrei** da. Auf kulturellem Gebiete haben wir trotz der großen Schwierigkeiten die Höhenlage im ganzen halten können. Mit unseren 2 Millionen Einwohnern können wir auch heute noch **zwei Universitäten** in ihrer Höhe vollkommen intakt erhalten. Preußen hat mit seinen 30 Millionen Einwohnern nur 10 Universitäten, und wenn wir diese Ziffern umrechnen würden, hätten wir für Baden überhaupt keine.

Weiter erklärte der Staatspräsident:

Die Meinung des badischen Volkes ist durchaus treu deutsch. **Es gibt in Baden keinen Separatismus.** Als man mir in Berlin neulich mitteilte, in der badischen Pfalz seinen Separatisten, habe ich den Herren gesagt, sie sollten mir zeigen, wo die Separatisten denn seien. Wir in Baden wüßten nichts davon. Das weiß man in ganz Deutschland, daß an der Südwestecke treue Hüter des Reiches wohnen, die unter keinen Umständen sich vom Reiche trennen werden (Bravo!). Für Partikularismus ist hier kein Sinn. Die Kleinstaaterei lehnen wir ganz bewußt ab; denn das ist Arbeit für die Franzosen. Wenn wir so scharf den **Partikularismus ablehnen,** dann schließt das aber nicht aus, daß wir die schärfsten Feinde jener bureaukratischen Überzentralisation sind, die sich in den letzten Jahren in Berlin aufgetan hat. Wir haben seit Jahren mit dieser Geheimratswirtschaft einen starken Kampf geführt.

In den letzten Tagen ist es uns gelungen, auf dem Gebiet der **Eisenbahnverwaltung** etwas zustande zu bringen, das in Baden wohl allgemein befriedigen wird. Nach den Vereinbarungen zwischen dem Reichsverkehrsministerium und dem badischen Finanzministerium erhält die Reichsbahndirektion in Karlsruhe künftig die Bezeichnung **„Reichsbahndirektion Baden in Karlsruhe".** Die Direktion untersteht unmittelbar der Hauptbereich im Rahmen der einheitlichen Verkehrsanstalt selbständig, soweit nicht Geschäfte der Hauptverwaltung vorbehalten sind. Zu dieser selbständigen Verwaltung gehört auch die Ernennung und Versetzung aller Beamten bis einschließlich Gruppe XII. Die Reichsbahndirektion Baden stellt für ihr Netz den Voranschlag zum Gesamthaushalt als Bruttovoranschlag auf und verfügt selbständig über die ihr bewilligten Mittel. Die Ausgabenkroten sind gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel für die großen Bauaufwendungen werden für den Einzelfall bewilligt, während für die kleineren Bauausführungen Bauschbeträge festgesetzt werden. Ihr Anteil an den Zuwendungen aus Erneuerungs- und anderen Fonds wird gesichert, ein Dispositionsfonds gebildet. Die Verwendung von Einsparungen wird nach besonderen Grundsätzen der Reichsbahndirektion überlassen werden. Über die Dezentralisation des Beschaffungswesens werden sobald als möglich Verhandlungen aufgenommen werden. Der Präsident der Reichsbahndirektion, der im Einvernehmen mit der badischen Regierung ernannt wird, ist künftig verpflichtet, außer den Reichsinteressen auch die badischen Landesinteressen zu vertreten und zu wahren. Er steht der badischen Regierung jederzeit zur Auskunftserteilung zur Verfügung und hat ihr von wichtigen Maßnahmen, die das badische Wirtschaftsgebiet betreffen, Kenntnis zu geben. Die Regierung wird einen besonderen badischen Beamten als Verbindungsmann bestellen, der seinen Sitz im Gebäude der Reichsbahndirektion erhalten wird. Mit diesem Beamten ist die ständige unmittelbare Fühlungnahme zwischen dem Präsidenten der Reichsbahndirektion und der badischen Regierung herzustellen. In dem zukünftigen Verwaltungsrat der deutschen Reichsbahn erhält die badische Regierung eine Vertretung aus eigenem Recht. Es soll angestrebt werden, daß auch unter den Mitgliedern des Verwaltungsrats, die etwa aus der freien Wirtschaft genommen werden, auch Baden vertreten ist. Im Vorstand des Unternehmens wird der Präsident der Reichsbahndirektion Karlsruhe zu Beratungen des Direktoriums über wichtige Angelegenheiten des Landes zugezogen und auch sonst über alle Beschlüsse des Direktoriums, die allgemeine oder das Land Baden brührende Fragen behandeln, verständigt werden, damit er in der Lage ist, der badischen Regierung von den Vorgängen auf dem Gebiete des Verkehrswesens Mitteilung zu machen. Über die Höhe des Betrags, den Baden nach dem Staatsantrag für die Hingabe seiner Bahn an das Reich von diesem erhalten soll, werden erneute Verhandlungen mit dem Ziel einer Neuregelung eingeleitet werden. Es besteht auch Einigkeit darüber, daß alle etwa einem andern Land gemachten Zugeständnisse in Zuständigkeitsfragen auch Baden nicht verweigert werden dürfen.

Die bad. Regierung ist bestrebt, eine ähnliche Regelung auch mit der **Reichspostverwaltung** zu treffen.

Zum **Beamtenabbau** in Baden machte Dr. Köhler folgende Mitteilungen:

Im Lande Baden sind auf 1. April 1924 an Beamten und Angestellten abgebaut: Staatsministerium 33 Proz., Finanzministerium 24 Prozent, Ministerium des Innern

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

21,5 Proz., Justizministerium 18 Proz., Ministerium des Kultus und Unterrichts 7 Proz., Arbeitsministerium 17 Proz., Rechnungsof 14 Proz. Ich bin der Meinung, fuhr der Redner fort, daß auch der **Landtag** mit gutem Beispiel vorangehen soll, und ich meine, wenn wir statt 88 nur 60 Abgeordnete haben, so wird das vollkommen genügen.

Weiter wandte er sich Steuerfragen zu und teilte mit, daß der Reichsfinanzminister ihm vor einigen Tagen erklärt habe, sobald der Reichstag zusammengetreten sei, müsse eine **grundlegende Reform der Finanzgesetze** stattfinden. Die Inflationssteuergesetzgebung müsse restlos abgebaut und durch ganz einfache, der Festwährung angebrachte Steuern auf Einkommen, Vermögen und Umsatz, sowie einige Ergänzungssteuern aufgebaut werden.

Zu den **Beamtengehältern** teilte Köhler die Absicht der Reichsregierung mit, die Bezüge schrittweise so zu erhöhen, daß man etwa **nach einem halben Jahre auf den Friedensbezügen** angekommen sein werde. In **Baden** werden wir vom 1. Oktober ab die Ortszuschläge durch **Wohnungsgeld** ersetzen, um eine bessere Grundlage zu schaffen und viel Ärger aus der Welt zu schaffen, der mit den Ortszuschlägen gekommen war.

Reichsmilchverordnung

Die Frage, ob auf 15. Mai 1924 die Reichsmilchverordnung aufgehoben werde, ist nunmehr entschieden. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat durch Verordnung vom 17. April 1924 über den Verkehr mit Milch die Reichsmilchverordnung, soweit sie bis 15. Mai 1924 befristet war, um einen Monat **bis 15. Juni 1924 verlängert**, da sich z. Zt. noch nicht übersehen läßt, wie sich die Grünfutterverhältnisse im Monat Mai gestalten werden. Es tritt sonach am 15. Mai eine Änderung in der bisherigen Rechtslage auch in Baden nicht ein.

Verband badischer Arbeitsnachweise

Der Verband badischer Arbeitsnachweise hält am 31. Mai in Konstanz seine diesjährige Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Angelegenheiten: Die Frage der Übernahme der öffentlichen Arbeitsnachweise durch die badischen Kreise, Lastenverteilung und Lastenausgleiche im Arbeitsnachweis und in der Erwerbslosenfürsorge.

Für Erhaltung des Berufsbeamtentums bei der Reichsbahn

In **Karlsruhe** tagten die Vertreter der Fachgewerkschaft der Reichsbahninspektoren des Bezirks Baden. Neben der Erörterung allgemeiner und Wirtschaftsfragen wurde besonders dem Willen zur Erhaltung des **Berufsbeamtentums** bei der Reichsbahn Ausdruck verliehen. Die Ausführungen waren nicht getragen von ängstlichen Erwägungen, sondern von der Überzeugung, daß bei Erhaltung der Reichsbahn im Besitz des Staates und bei dem Festhalten an dem Berufsbeamtentum, die Klammer des Staates zum Wohle des Volksganzen nicht mehr weiter gelockert werden kann. Die Versuche verschiedener Interessenten, politische und wirtschaftliche, die Reichsbahn in den Besitz zu kommen, um dadurch den Staat an der Gurgel fassen zu können, müssen mit allen Mitteln abgewehrt werden.

Jugendpflege

Der **„Badische Landesausschuß für Leibesübungen** und **Jugendpflege“**, sowie die **Zentralkommission für Körperkultur und Jugendpflege“** als die Gesamtorganisationen sämtlicher badischer Vereine für Leibesübungen und Jugendpflege haben an den **Landtag** eine **Eingabe** gerichtet mit der Bitte, in den Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1924/25 300 000 M. zur Förderung der Jugendpflege und 500 000 M. zum Bau von Turn-, Spiel- und Sportplätzen, Wander- und Jugendheimen, Schwimmbädern, Bootshäusern usw. einzusetzen. Es wird in der Begründung auf das segensreiche Wirken der genannten Vereine hingewiesen, deren finanzielle Lage unter den Folgen der Inflationszeit aufs schwerste gelitten hat. Durch ihre Arbeit werde dem Staate ein großer Teil der ihm obliegenden Aufgaben bei der Erziehung der schulentlassenen Jugend beiderlei Geschlechts abgenommen. Man erwarte deshalb auch vom Landtag und Regierung, daß sie diese Bestrebungen ideell und materiell nach besten Kräften unterstützen. Beide Verbände zählen weit über eine halbe Million Mitglieder.

Tagung der landwirtschaftlichen Verbände

Wie nun endgültig feststeht, finden die Verbandstage und Generalversammlungen der großen landwirtschaftlichen Verbände am 15. und 16. Mai in der Stadthalle in **Heidelberg** statt. Am 15. Mai vormittags ½10 Uhr hält der Verband Bad. landw. Genossenschaften Karlsruhe seinen 41. Verbandstag ab. Nachmittags 3 Uhr tagt der Badische Molkereiverband. Am 16. Mai vormittags 9 Uhr beginnt die Generalversammlung der Badischen Landwirtschaftsbank, der sich um 11 Uhr die Generalversammlung der Badischen landw. Hauptgenossenschaft anschließt. Während der Dauer der Tagungen findet auf dem großen freien Platz vor der Stadthalle eine Maschinenausstellung statt.

Kommunale Rundschau

Die Teuerungszahlen deutscher Gemeinden.

Das Mannheimer Städt. Nachrichtenamt schreibt uns:

Vom Statistischen Reichsamt werden soeben die Teuerungszahlen für 246 Gemeinden nach dem Stichtag vom 19. März 1924 — in Bayern am 17. März — bekannt gegeben. Die Teuerungszahlen stellen den absoluten Betrag in Goldmark dar, der für einen nach Menge und Art bestimmten Kreis wichtiger Lebensbedürfnisse — Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung — von einer fünfköpfigen Familie in vier Wochen aufzuwenden ist.

Die höchste Teuerungszahl hat **Villingen** mit 117,40 M. aufzuweisen, dann folgen, Darmstadt mit 117,04 M., Pirmasens mit 114,72 M., Passau mit 110,95 M., Mainz mit 108,55 M., **Karlsruhe** mit 108,05 M., **Freiburg** mit 107,78 M., **Offenburg** mit 107,59 M., **Mannheim** mit 107,44 M., **Bruchsal** mit 107,35 M., Ratibor mit 107,00 M., Ludwigshafen mit 106,24 M., Offenbach mit 106,02 M., Stuttgart mit 105,74 M., **Lörrach** mit 105,35 M., Opladen mit 104,87 M., **Heidelberg** mit 103,59 M., Vohwinkel mit 102,95 M., Lindau a. Bodensee mit 102,37 M., Dillenburg mit 102,36 M., Mayen mit 102,27 M., **Durlach** mit 101,28 M., **Pforzheim** mit 101,16 M., Garmisch-Partenkirchen mit 101,02 M., Frankenthal mit 100,99 M., München mit 100,88 M., Rosenheim mit 100,77 M., Sonneberg mit 100,47 M., **Baden-Baden** mit 100,34 M., Neuwied mit 100,32 M., Iserlohn mit 100,14 M., Hattingen mit 99,79 M., Ulm mit 99,70 M., Schwenningen mit 99,44 M., Remscheid mit 98,88 M., Kaiserslautern mit 98,76 M., Tuttlingen mit 98,61 M., Worms mit 98,60 M. Trier und Augsburg mit je 98,57 M., Heilbronn mit 98,40 M., Bocholt mit 98,30 M., Dinslaken mit 98,25 M., **Singen** mit 98,03 M., Siegburg mit 97,90 M., Gießen mit 97,87 M., Wiesbaden und **Konstanz** mit je 97,64 M., Duisburg mit 97,58 M., Bonn mit 97,45 M., Tübingen mit 97,19 M., Kempten mit 97,12 M., Ingolstadt mit 97,10 M., Aalen mit 97,01 M., Bochum mit 96,88 M., Godesberg mit 96,78 M., Aschaffenburg mit 96,55 M., Marburg mit 95,96 M., Schwerte mit 95,31 M., Recklinghausen mit 95,17 M., Limburg mit 95,09 M., Hanau mit 94,91 M., Moers mit 94,59 M., Cuxhafen mit 94,50 M., Beuthen mit 94,36 M., Nienburg mit 94,12 M., Lüdenscheid mit 94,07 M., Schweinfurt mit 94,03 M., Düsseldorf mit 93,74 M., Bremen mit 93,57 M., Sebnitz mit 93,32 M., Jena mit 93,30 M., Meerane mit 93,23 M., Speyer mit 93,17 M., Nördlingen mit 93,09 M., Cleve mit 93,08 M., Weiden mit 93,03 M., Bremerhaven mit 93,02 M., Zella-Mehlis mit 92,98 M., Wernigerode mit 92,84 M., Bielefeld mit 92,77 M., Kreuznach mit 92,70 M., Amberg und Leipzig mit je 92,46 M., Crimmitschau mit 92,40 M., Hamburg mit 92,35 M., Landshut mit 92,31 M., Apolda mit 92,20 M., Regensburg mit 92,19 M., Bückeburg mit 92,10 M., usw. Die niederste Teuerungszahl hat Arnswalde mit 71,34 M. aufzuweisen.

Auffallenderweise fehlen in dieser Teuerungsstatistik mehrere größere Städte, z. B. Berlin, Köln, Breslau, Essen, Frankfurt a. M., Hannover, Dortmund, Magdeburg, Königsberg, Stettin, Kiel, Halle, Aachen, Erfurt usw.

Aus dem Kreisrat Karlsruhe. In der letzten Kreisratssitzung wurde beschlossen, für die Unterhaltung der **Kreisstraßen** nur noch ein Drittel des Aufwandes gegenüber seither der Hälfte von den beteiligten Gemeinden im Wege von Vorausbeträgen zu erheben. Zur Bestreitung des sachlichen Aufwandes kann den Wasser- und Straßenämtern für die Monate April und Mai ein Kredit von 120 000 M. eröffnet werden. Der Kreisrat erklärt sich bereit, zu den Kosten der Unterhaltung der **Schiffbrücke** über den Rhein bei **Germersheim** und der Zufahrtsstraßen zu derselben beizutragen. — Infolge der Aufhebung des Bezirksamtes **Eppingen** sind die Gemeinden Elsenz, Eichelberg, Tiefenbach, Landshausen, Sulzfeld und Mühlbach dem Kreis Karlsruhe zugeteilt worden. — Ueber die **Einfuhr von Zuchtvieh** aus dem badischen Oberland erhält der Pfinzgauverband einen Frachtkostenzuschlag und 7 Stadt- und Landgemeinden für den Bezug von Zuchtfarren Kreisbeiträge von je 120 M. zugewiesen. — **Kreisbeihilfen** für die Verpflegung von Voll- und Halbwaisen und nicht vollsinnigen Kindern sowie Beihilfen zur Gesundheitsfürsorge werden künftig nur noch gewährt, wenn für diese Fürsorgefälle nicht die gehobene, sondern die Armenfürsorge einzutreten hat. Die auf 30. April 1924 fällige **Teilzahlung auf die Kreissteuer** des Rechnungsjahres 1924 wurde auf 0,5 Goldpfennig für je 100 Mark Steuerwert festgesetzt.

Aus dem Kreisrat Waldshut. Eine Vereinbarung mit dem staatl. Porphyrwerk Detzeln wegen Benützung und Unterhaltungsbeitrag zur Kreisstraße 209 wird abgeschlossen. Die Kreisgemeindewege werden wieder in Fürsorge genommen, die Beitragsleistung des Kreises einstweilen auf 30 Prozent festgesetzt. Die Entlohnung der Kreisstraßen- und Kreiswegwarte wird mit Wirkung vom 1. April ab neu geregelt. Die dringende Wegverbindung Immeneich—Remetschwiel soll in aller Bälde zur Ausführung kommen. — Gemeinden, die genötigt sind, Hebammen ausbilden zu lassen und solche auf mindestens 5 Jahre mit Gehalt anstellen, soll ⅔ der Ausbildungskosten mit 600 Mark in Hinkunft ersetzt werden; es wurden bereits 3 Gemeinden Zusagen gemacht. — Dem verstorbenen langjährigen Kreiskassier Adelbert Würtenberger widmete der Vorsitzende einen warmen Nachruf. Ein Schulsaal der landw. Kreiswinterschule Waldshut wird dem Gemeinderat Waldshut auf dessen Gesuch für die Handelsschule bis Oktober bedingungsweise überlassen. Für die Wandererfürsorge wird der Ankauf einer Wohnbaracke um den Preis von 1200 Mark genehmigt, im Voranschlag 1924/25 sollen für die Wandererfürsorge 15 000 Mark vorgesehen werden. Zum Schlusse der Sitzung gibt der Vorsitzende bekannt, daß die Schweizer Schulden des Kreises für Unterstützung landarmer Deutscher in der Schweiz mit 47 751,18 Fr. nebst Zinsen, sowie die Schulden bei inländischen Kassen im Betrage von 51 723 Goldmark nebst Zinsen jetzt ganz abgetragen und der Kreis Waldshut seit 15. April d. J. völlig schuldenfrei sei.

Weiterer kleiner Rückgang der Arbeitslosigkeit in Mannheim. Nach den Feststellungen des Arbeitsamts Mannheim, betrug am 22. April 1924 die Zahl der Vollerwerbslosen 10 836 (8586 männliche, 2250 weibliche). Da am 15. April die Zahl der Vollerwerbslosen auf 10 887 sich belief, ist ein weiterer Rückgang um 51 eingetreten.

Der Minister des Innern Karlsruhe, 2. Mai 1924

Die folgende Preisfestsetzungen für den Monat **Mai** werden genehmigt:

Bezugspreis der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, für die Postbezieher einschließlich Staatsbehörden 2,60 G.M.

J. V.: Leers

Kurze Nachrichten aus Baden

Hochwasser

Über das Ansteigen der Flüsse gehen uns weitere Meldungen zu. So haben die **Brigach** und die **Breg** das ganze Ried bis Pfohren unter Wasser gesetzt. Die **Kinzig** weist seit Donnerstag abend einen etwas niedrigeren Wasserstand auf. Auch der Wasserstand des **Rheins**, der bei Waldshut am Dienstag abend eine Höhe von 4,76 Meter erreicht hatte, ist etwas zurückgegangen. An den Rheinkraftwerken, insbesondere in Rheinfelden, war man am Dienstag den ganzen Tag über fieberhaft bemüht, die sich immer wieder verstopfenden Rechen frei zu halten, um die Kraftausbeute, die ohnehin durch das hohe Unterwasser stark beeinträchtigt war, noch auf einem erträglichen Maße zu halten. Größere Schäden sind bisher nicht bekannt geworden.

Nach Meldungen aus Neckarsulm wälzen **Neckar, Kocher** u. Jagst ungeheure Wassermengen zu Tal. Die Fluren an ihren Ufern gleichen teilweise Seen. An der Neckarkanalbaustelle wurde ein Stück der Neckar und Neckarkanal trennenden Wand eingedrückt. In **Heidelberg** erreichte der **Neckar** am Freitag früh 4 Uhr mit 4,14 Meter den höchsten Stand und sank bis 8 Uhr vormittags langsam bis auf 4,04 Meter. Der Leinpfad ist überschwemmt. Ein langer Kettenschleppzug hat am Neckarstaden angelegt und wartet das weitere Fallen des Wassers ab.

Nr. 20 des Badischen Gesetz- und Verordnungs-Blattes hat folgenden Inhalt (Bekanntmachungen und Verordnungen:: des Staatsministeriums: die Änderung des Besoldungsgesetzes; die Besteuerung des Wandergewerbebetriebs; die Berechnung der bei der Erwerbung des Bürgerrechts zu entrichtenden Beträge; die Entschädigung der Landtagsabgeordneten; die Änderung des Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz (Steuerverteilungsgesetz); die Änderung des Gesetzes über die Zwangsvollstreckung wegen öffentlich-rechtlicher Geldforderungen vom 12. April 1899; der gewerbliche und kaufmännische Unterricht; der allgemeine Fortbildungsunterricht; des Ministers des Innern: die Polizeistunde; die Gebühr für Abhör der Gemeinderechnungen; des Arbeitsministers: die Abänderung der Ordnung für die Untersuchung der Rheinschiffe.

Mannheim, 3. Mai. Die Handelshochschule Mannheim veranstaltet in diesem Jahre, zum erstenmal, im Mai eine **„Woche für Wirtschaft und Kultur“**. In der Zeit vom Montag, den 19. Mai bis zu mFreitag, den 23. Mai werden neben den regelmäßigen Vorlesungen der Landes-Hochschule von Gelehrten und Führern des Wirtschaftslebens etwa 20 Einzelvorträge gehalten werden. Der erste Tag gilt Problemen der Kultur, der zweite Tag dem deutschen Geldwesen der Gegenwart, der dritte Tag der Schiffahrt, der vierte Tag Mannheims Verkehrsverhältnissen und der 5. Tag wieder Problemen der Kultur, wobei aber Rhein und Rheinpfalz im Vordergrunde stehen. In dieser Handels-Hochschul-Woche werden alle die zu ihrem Rechte kommen, die geistige Erholung suchen, die praktische Kenntnisse zu erwerben wünschen und die letzten Gedanken über die Probleme des Lebens hören wollen. Sie alle seien herzlich willkommen. Die Vorträge finden in der Aula der Handels-Hochschule Mannheim A. 4. 1. statt. — Es gelangen **Dauerkarten** für die ganze „Woche“, **Tageskarten** sowie **Einzelkarten** zu jedem Vortrage zur Ausgabe. Verkaufsstelle und nähere Auskunft: Sekretariat der Handels-Hochschule (A. 4. 1.)

DZ. **Heidelberg**, 2. Mai. Bei den Portlandzementwerken konnten heute drei Leute ihr **50jähriges Dienstjubiläum** feiern: Aufseher Halter, Werkzeugschmied Rhein und Brenner Rösch. Im Direktionszimmer fand eine kleine Feier statt und jeder der Genannten erhielt dabei von der Firma ein Geldgeschenk von 1000 Mark überreicht.

Karlsruher Konzerte

Den Beschluß der Beethovenabende, welche die Konzertdirektion Neufeldt im Verlauf des Winters in zyklischer Form veranstaltete, machte das **Rosé-Quartett** aus Wien. Den Auftakt des zu besprechenden V. Konzerts bildete das Streichquartet A-dur op. 18 Nr. 5, darauf folgte dasjenige in Es-dur (op. 74), am Ende der anstrengenden Vortragsfolge stand schließlich das große Opus 130 (B-dur) mit der berühmten Cavatine in Es-dur, über die Beethoven selbst geäußert haben soll: „Nie hat meine Musik einen solchen Eindruck auf mich gemacht, selbst das Zurückempfinden dieses Stückes kostet mich immer eine Thräne.“ Das Werk mit seiner auf sechs Teile erweiterten Satzzahl gehört ja zeitlich hinter op. 132, mit diesem und op. 131 zusammen bildet es eine Einheit, innerhalb der Beethoven sogar einzelne Sätze vertauschte. Es dennoch mit seiner halb suitenhaften, halb phantasieartigen Aufeinanderfolge der Einzelteile und mit dem Ersatz des ursprünglich krönenden Fugenfinales (durch die spätere Umänderung in ein Finalrondo) zum künstlerischen Höhepunkt des Gehörten erhoben zu haben, ist ein Verdienst der Rosé-Leute, die diesmal überdies weit besser in Form waren als bei ihrem letztjährigen Hiersein. Die damals durch die kurz zuvor erfolgte Auswechslung des Cellisten etwas getrübte Ausgeglichenheit der Spielfunktionen im Detail ist wieder vollkommen erreicht, unbedingte Hochachtung mußte aber auch die Konzentration und seelische Vertiefung auslösen, mit der die Herren den gesamten Abend zu einem wahrhaft aufrüttelnden Erlebnis gestalteten. Mit äußerlicher Routine ist eben einem Beethoven — auch einem jüngeren und mittleren — nicht beizukommen; das bewiesen diese vier meisterlichen Interpreten, an deren vornehmem und feinfühligem Musizieren man allenfalls einen leisen Mangel an sinnlichem Klangreiz konstatieren könnte. Die enthusiasmierten Hörer, die den Eintrachtsaal fast bis auf den letzten Platz füllten, bezeugten den Gästen dankbar ihr volles Einverständnis für solch erlesene, mit Fingerspitzengefühl dargereichte Kunst.

Im **Landestheater** folgen jetzt — reichlich spät — die **musikalischen Morgenfeiern** rasch aufeinander. Man darf sich aber nicht wundern, wenn das Promenadekonzert nebenan auf dem Schloßplatz die Massen stärker lockt, so sehr das natürlich aus ästhetischen Gründen zu bedauern ist; fehlt doch letzten Endes auch den Ausübenden die rechte Lust, sobald das Haus gähnend leer ist. Ich habe früher zwar schon einmal sehr deutlich auf den erzieherischen Faktor hingewiesen, der diesen Veranstaltungen unbedingt innewohnt, und für ihre Weiterführung plädiert. Vorausgesetzt wurde allerdings, daß dies innerhalb der eigentlichen Saison, also im Winterhalbjahr, geschehen sollte, doch nicht mehr, wenn eine strahlende Frühlingssonne draußen lacht . . . Es kommen nun noch Bach, Mozart und Beethoven in je einer Matinée zu Wort. In der vierten Morgenfeier gab zunächst **Alfred Lorentz** bemerkenswerte Proben aus Bachs unerschöpflicher Werkstatt, die seinem Naturell fraglos ferner steht. Doch gelangte das Doppelkonzert in d-moll für zwei Violinen immerhin zu kraftvoll zupackender Wiedergabe, wobei ihm als Solisten **Ottomar Voigt** und **E. Weimershaus** zuverlässig zur Seite standen. Man könnte freilich die zwingende Kraft und unvergängliche Schönheit gerade dieses Werkes noch stärker zum Ausdruck bringen, manches litt unter einer gewissen gleichförmigen Behandlung des Passagenwerks, während doch der innere Wert hauptsächlich in der feinen Ziselierkunst steckt. Ähnliches ist zur Aufführung des dritten Brandenburgischen Konzerts zu sagen, dem ebenfalls größere Klarheit und schärfere Prägung von Nutzen gewesen wäre. Mit zwei Kabinettstücken aus Bachs Gesangskunst erfreute **Marie von Ernst.**

Ihre schlichte und warme Vortragsart erwies erneut **Martha Idler** in einem mäßig besuchten Wohltätigkeitskonzert des Tierschutzvereins, aber auf eine künstlerisch einwandsfreiere Gestaltung des Programms hätte sie Wert legen dürfen; damit daß man unter möglichst dankbarem Gesichtspunkt eine Auswahl aus acht (!) Liedmeistern zusammenstellt, ists nicht getan. Die mitwirkende Pianistin **Dora Motthes** beschränkte sich demgegenüber auf einen Komponisten, H. K. Schmid, dessen Variationen für Klavier sie einen schönen Erfolg erspielte, auch ihre Wiedergabe von Schmids „Berceuse und Rondo“ konnte durch die Sicherheit der Handmechanik gefallen. Als Begleiter der schließlich noch zu einer Zugabe veranlaßt Sängerin fungierte **Friedrich Worret.** H. Sch.

Sparsame Leute

die ein wirklich gutes Kaffee-Getränk schätzen, nehmen stets Pfeiffer & Diliers Kaffee-Essenz zu Bohnen oder Malz. Sie gibt dem Kaffee den feinen reinen Geschmack.

Silberpaket 30 Pf., Dose 40 Pf. in allen Geschäften.

DZ. **Pforzheim**, 2. Mai. Der Raubüberfall auf den Leiter der Lugerschen Filiale in der Luisenstraße am Abend des 28. Februar d. J. fand seine Sühne vor dem **Schöffengericht**. Verurteilt wurden der Maschinentechniker Alfred Bauer von Stuttgart und der Emailmaler Richard Wiesinger aus Pforzheim zu je vier Jahren Zuchthaus und der Kaufmann Eugen Schäfer von hier zu 2 Jahren Gefängnis. Den beiden ersteren wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt, Schäfer erhielt 3 Jahre Ehrverlust. Das Trio hatte mit Gesichtsmasken versehen den Filialleiter im Lagerraum überfallen, mit vorgehaltenem Revolver bedroht und geknebelt, worauf es ans Stehlen von Waren und Bargeld ging. Schon am nächsten Tage konnten die Täter ermittelt und dingfest gemacht werden.

Aus der Landeshauptstadt

Reichstagswahl durch eine Vertrauensperson. Wie schon mitgeteilt, können sich Blinde, Schwerkriegsbeschädigte oder sonstige Stimmberechtigte, die durch körperliche Gebrechen behindert sind, ihre Stimmzettel eigenhändig auszufüllen oder in den Umschlag zu legen, im Abstimmungsraume der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen. Es wird aber von amtlicher Seite darauf hingewiesen, daß die Vertrauensperson nicht den Stimmberechtigten vertritt, sondern ihm behilflich ist. Es ist daher erforderlich, daß der Stimmberechtigte persönlich im Abstimmungsraum erscheint, mit der Vertrauensperson vor den Abstimmungsvorstand tritt und die Vertrauensperson mit in die Wahlzelle nimmt.

Die Handelskammer Karlsruhe gegen die Ausschaltung des Einzelhandels. Die Handelskammer hat sich in ihrer letzten Vollversammlung in eingehender Weise mit der Frage der Ausschaltung des Einzelhandels, insbesondere durch Versorgung der Arbeitnehmer mit Gegenständen des täglichen Bedarfs von Seiten einzelner Betriebe und durch den gemeinsamen Wareneinkauf der Beamten und Beamtenorganisationen beschäftigt. Die Versammlung war einmütig der Ansicht, daß die vorgebrachten Beschwerden des Einzelhandels volle Berechtigung haben. Die Kammer fordert daher die Firmen ihres Bezirks auf, Warenbeschaffungen jeglicher Art für ihre Arbeiter und Angestellten in Zukunft zu unterlassen und nicht zu gestatten, daß während der Arbeitszeit und innerhalb der Betriebsräume gemeinsame Warenbeschaffungen stattfinden. Die Handelskammer verlangt desgleichen, daß auch die Behörden den Beamten untersagen, sich während der Dienstzeit und innerhalb der Diensträume mit dem gemeinsamen Warenbezug zu befassen.

Nebenbahnen. Die Direktion der Bad. Lokaleisenbahnen teilt mit: Im vergangenen Jahre wurden bei den Nebenbahnen Albtalbahn, Bruchsal—Hilsbach—Menzingen, Bühlertalbahn, Wiesloch—Meckesheim—Waldangelloch u. Neckarbischofsheim—Hüffenhardt infolge der Geldentwertung die Monatskarten durch Wochenkarten für 7 Tage ersetzt. Bei der Albtalbahn wurde außerdem die Gültigkeitsdauer bei den Fahrscheinbüchern auf 1 Monat eingeschränkt. Nachdem nun in den Geldverhältnissen eine Stetigkeit eingetreten ist, sind vom 1. Mai 1924 ab die 7tägigen Wochenkarten wieder aufgehoben und Monatskarten 2. und 3. Klasse eingeführt worden. Gleichzeitig wurde die Gültigkeitsdauer der Fahrscheinbücher für 12 Fahrten auf 2 Monate und für mehr als 12 Fahrten auf 3 Monate ausgedehnt.

Eine alte Unsitte, auf die immer wieder hingewiesen werden sollte, ist es, Orangenschalen auf die Gehwege zu werfen. Abgesehen davon, daß dadurch die Straßen verunreinigt werden, birgt diese Unsitte nicht unbedenkliche Gefahren in sich. In hunderten von Fällen wurden durch Ausgleiten infolge weggeworfener Orangeschalen Personen schwer verletzt.

Landestheater. Wie bereits bekanntgegeben, wurde für die am Sonntag, den 4. ds. stattfindende **Mozart-Morgenfeier** der junge Geiger Hermann Diener aus Heidelberg verpflichtet, der das A-dur Konzert (Köchel Nr. 219) spielt. Nach vorliegenden auswärtigen Kritiken dürfte Hermann Diener als eine ganz außergewöhnliche Erscheinung anzusprechen sein. Es darf somit dem Auftreten dieses jungen Künstlers mit größtem Interesse entgegengesehen werden. Das Programm wird vervollständigt durch die beiden **Symphonien** in g-moll und Es-dur. — Am Mittwoch, den 7. findet eine Wiederholung der mit so großem Beifall aufgenommenen komischen Oper **„Die verkaufte Braut"** von Smetana statt. Am Freitag, den 9 gelangt neueinstudiert Richard Straußen's **„Ariadne auf Naxos"** in der Neubearbeitung in einem Akt mit Vorspiel zur Aufführung. Die musikalische Leitung hat Operndirektor Cortolezis. Das Werk wird in Szene gesetzt von Oberregisseur Stang. Am Sonntag, den 11. findet eine Wiederholung von **„Cavalleria rusticana"** und **„Bajazzo"** statt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

in Millionen Mark

	3. Mai Geld	3. Mai Brief	2. Mai Geld	2. Mai Brief
Amsterdam . .	1 576 600	1 584 400 [1]	1 578 500	1 586 500 [1]
Kopenhagen .	712 200	715 800 [2]	712 200	715 800 [2]
Italien . . .	188 500	189 500 [2]	188 500	189 500 [2]
London . . .	18 456 000	18 545 000 [1]	18 455 000	18 545 000 [1]
Newyork . . .	4 190 000	4 210 500 [1]	4 190 000	4 210 500 [1]
Paris	272 300	275 700 [2]	272 300	275 700 [1]
Schweiz . . .	748 100	751 900 [2]	746 100	749 900 [2]
Prag	124 600	125 400 [5]	124 600	125 400 [5]
Wien (100 Kronen)	60 800	61 200 [100]	60 800	61 200 [100]

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent

Wertbeständige Anlagen

Zur Anlage für **Mündelgelder und als wertbeständige Effekte** sind zugelassen:

Letzter Kurs: (in Billionen Mark)

5% Badische Kohlenwert-Anleihe	ca.	8,5
6% Mannheimer Kohlenwert-Anleihe	ca.	8,5
5% Rhein-Main-Donau-Gold-Anleihe	ca.	—
7% Neckarwerke Goldanleihe	ca.	1,4
5% Preußische Kali-Anleihe pro 100 kg . . .	ca.	2,5
5% Sächsische Roggen-Anleihe pro Ztr. . . .	ca.	2,4
5% Süddeutsche Festwertbank-Oblig.	ca.	0,9—1
Dollarschatzanweisungen des Deutschen Reichs	ca.	80—81 %
Goldanleihe d. Deutschen Reiches	ca.	4,2

Der zweite Weinversteigerungstag des oberbadischen Weinbauvereins in Müllheim brachte keine Belebung des Geschäftes. An 1923 Weinen wurden gelöst: Für Müllheimer 122, Auggener Gutedel 111, Kastelberger 105, Reggenberger 138, Laufener 121 bis 161 und für Augener Röthe 173, sowie für Enselberger Riesling 182 Mark. Für Flaschenwein am ersten Versteigerungstage des Jahrgangs 1921 wurden für Laufener, Homberger, Högelheimer Edelwein und Laufener Gutedel 2.50 Mark pro Flasche geboten, doch wurden diese Posten von den Verkäufern zurückgezogen. 1921er Hügelheimer Gottesackerauslese errang einen Preis von 3.60 pro Flasche, Hügelheimer Traminer 4.— und Burkheimer sowie Schloßberger 4.— bis 4.50 Mark. Für 1921 weißen Burgunder von Fahnenberg wurden 3,90 bis 4.— geboten, für 1921 Freiherr von Fahnenberg-Henkenberg 6.20 bis 6.50, für 1922 Lilienhofer-Riesling 1.70 bis 2.— und für Lilienhofer Weißherbst 1.70. 1923er Bickenschler errang einen Preis von 2.80 pro Flasche. Die herrschende Geldknappheit wirkte lähmend auf den Verlauf der Versteigerung ein.

Verkehr beim Postscheckamt Karlsruhe. Beim Postscheckamt Karlsruhe waren Ende April 37.749 Kontoinhaber vorhanden. Auf den Postscheckrechnungen sind in diesem Monat gebucht worden: 137 869 000 R-M Gutschriften, darunter 374 089 Einzahlungen mit Zahlkarten über 36 780 000 R-M und 426 029 Überweisungen über 100 243 000 R-M. Die Lastschriften betrugen 137 620 000 R-M, darunter befanden sich 6474 Kassenschecks über 4 432 000 R-M, 757 Reichsbankgiro- und Abrechnungswege beglichene Auszahlungen über 4 642 000 R-M, 130 067 Zahlungsanweisungen über 18 207 000 R-M und 460706 Überweisungen über 110 396 000 Mark. Der Gesamtumsatz im Monat April betrug hiernach 275 489 000 davon wurden bargeldlose abgewickelt 215 674 000 R-M oder 78,29 v. H. Das Gesamtguthaben der Kontoinhaber des Postscheckamtes machte am Monatsschluß 17 Millionen Mark aus.

Von der Gewerbe- und Handelsbank Konstanz. In der vergangenen Dienstag im Saale der „Oberen Sonne" zu Konstanz stattgefundenen 61. Generalversammlung, deren Aufsichtsrats-Vorsitzender Stadtrat **Delisles** bei dieser Sitzung seinen Rücktritt erklärte, wurde nach Erstattung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts des zur Verteilung gelangenden Reingewinns von 22964,71 Gold-M. einmütig genehmigt. Seit Januar diesen Jahres ist die Mitgliederschaft von 1227 auf 1 327 gestiegen. Es wurde eine Statutenänderung vorgenommen, wonach die Geschäftsanteile pro Mitglied auf 1000 Mark und die Haftsumme gleichfalls auf 1000 Mark festgesetzt wurde. Gleichzeitig wurde ein Beschluß gefaßt, eine angemessene Verfügung für die Geschäftsanteile zu leisten und zwar in der Weise, daß den Mitgliedern je nach der Länge ihrer Zugehörigkeit zur Genossenschaft 30, 10, 5, und 1 Mark pro Anteil vergütet werden sollen.

Staatsanzeiger

Das Estnische Konsulat in Berlin.

Herr **Ants Simm** ist zum Estnischen Konsul bei dem Estnischen Generalkonsulat für das Deutsche Reich in Berlin ernannt worden. Nachdem er vom Reich das Exequatur erhalten hat, wird er hiermit zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen.

Karlsruhe, den 2. Mai 1914.

Badisches Staatsministerium.
Köhler.

Vom Samstag den 3. Mai an werden die bisher zwischen Karlsruhe und Berlin Schles. Bf. über Mannheim verkehrenden Schnellzüge D. 45/D.46 wie folgt von und bis **Baden-Baden** geführt:

D. 45: Baden ab 6,05, Baden-Oos 6,12/14, Rastatt 6,24/26, Karlsruhe 6,48/7,02 nachm.; sonst unverändert. D. 46: Karlsruhe ab 10,10, Baden-Oos 10,41/45, Baden-Baden an 10,53 vorm.

Der beschleunigte Personenzug 998 nach Freiburg. Baden-Oos ab 10,42 vorm. wartet auf den Zug D. 46 bis zu 10 Min.

Zwischen Baden-Oos und Baden-Baden verkehrt der Zug 790 ab 3. Mai wie folgt: früher Baden-Oos ab 10,37, Baden-Baden an 10,45 vorm.

Jogal-Tabletten
hervorragend bewährt bei D.173
Gicht Rheuma Ischias | Hexenschuß Nerven- und Kopfschmerzen
Togal stillt die Schmerzen und scheidet die Harnsäure aus
Klinisch erprobt
In allen Apotheken erhältlich
Best. 64,3% Acid. acet. salic., 0406% Chinin, 12,6% Lit., ad 100 Amyl.

Badisches Landestheater.
Sonntag, 4. Mai. 11½—1 Uhr. M. 1.00, 0.75.
V. Musikal. Morgenfeier des Bad. Landestheaterorchesters.
Leitung: Fritz Cortolezis.
Solist: Hermann Diener-Heidelberg.
Werke von Mozart.
Sonntag, 4. Mai. 6½—9½ Uhr. Sp. I M. 7.20.
Abonn. F 20. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1—300.
Der Zigeunerbaron.

Konzerthaus Karlsruhe.
Sonntag, 4. Mai. 7—9¼ Uhr. Park. I M. 3.—.
Der Sprung in die Ehe.

Wünschelrute!
Der durch seine **glänzenden Erfolge** bekannte geprüfte Wünschelrutenforscher Oberstleutnant a. D. Heinemann aus Bad Homburg v. d. H. ist von seiner großen mexikanischen Forschungsreise zurückgekehrt und nimmt wieder Forschungsaufträge auf **nie versiegbare** Wasseradern und Bodenschätze entgegen. D.307

Buchdruckerei und Verlag
G. m. G. Braun b. H.
vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
Karlfriedrichstraße 14
Karlsruhe
*
Modern eingerichtete leistungsfähige Buchdruckerei
*
Herstellung von Werken, Zeitschriften und Drucksachen jeder Art
*
Schnelle und sorgfältige Ausführung

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.
In Bretten und Flehingen sowie in Malsch ist die Maul- und Klauenseuche erloschen. W.322
Karlsruhe, den 1. Mai 1924. O.Z. 52
Bezirksamt Abt. IIb.

Badische Bank
Mannheim — Karlsruhe
Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen. D.292

Südd. Treuhänderstelle G.m.b.H., Offenburg i. B.
Zweigniederlassung Karlsruhe
Fernruf 2439 Karlstraße 27
Übernahme von Treuhand-Geschäften aller Art:
Rechnungs-Prüfungen, Einrichtung von Buchführungen, Goldbilanzen, Vermögensverwaltungen, :: Neu-Gründungen, Steuerberatungen usw. :: D.296

Gebe umsonst einfaches Mittel gegen lästige Haare
Damenbart
bekannt. D.247
Frl. Irene Müller,
Stuttgart A 7, Sängerstr. 5.

Klein-Krafträder.

Am 9. Mai tritt die Verordnung des Reichsverkehrsministers vom 18. April 1924 über Kraftfahrzeuge in Kraft, die für die Besitzer von Kleinkrafträdern u. a. folgende Bestimmungen enthält:

1. An einer sichtbaren Stelle der Antriebsmaschine oder des Fahrgestells muß die Firma, von der die Antriebsmaschine hergestellt ist, ihre Fabriknummer und die Anzahl ihrer Pferdestärken sowie die nach der Steuerformel berechnete Nutzleistung angegeben sein. Die Angabe muß auf ein durch Nieten befestigtes Schild eingeschlagen oder eingeätzt sein; bei Verbrennungsmaschinen muß die Fabriknummer außerdem auf das Kurbelgehäuse eingeschlagen sein. W.324
2. Personen unter 16 Jahren ist das Führen von Kleinkrafträdern nicht gestattet. Die höhere Verwaltungsbehörde kann auf Antrag Ausnahmen genehmigen; sie stellt darüber besondere Ausweise aus.
3. Der Führer eines Kleinkraftrades hat eine Bescheinigung eines amtlich anerkannten Sachverständigen mit sich zu führen, woraus die Fabriknummer der Antriebsmaschine, die Anzahl der Pferdestärken und die nach der Steuerformel berechnete Nutzleistung, bei Verbrennungsmaschinen auch Zahl der Zylinder, Durchmesser der Zylinder, Kolbenhub und Art der Maschine (Viertakt- oder Zweitaktmaschine), ersichtlich sind und worin vermerkt ist, daß es sich hiernach um ein Kleinkraftrad im Sinne dieser Verordnung handelt. Diese Bescheinigung kann ersetzt werden durch die Bescheinigung einer Firma, die von der zuständigen höheren Verwaltungsbehörde ermächtigt worden ist, Bescheinigungen im Sinne des Satzes 1 auszustellen. Zuständig zur Ausstellung des Sachverständigen-Gutachtens ist die Dampfkesselinspektion hier.

Als Kleinkrafträder, die der amtlichen Zulassung nicht unterliegen und deren Führer eines Führerscheins nicht bedarf, gelten im Sinne obiger Bestimmungen nur solche Krafträder, deren nach der Steuerformel berechnete Nutzleistung bei einem Außendurchmesser der Radreifen (Höhe des ganzen Rades einschließlich aufgepumpter Bereifung) von mehr als 40 cm ¾ Pferdestärke, bei kleinerem Außendurchmesser 1 Pferdestärke nicht übersteigt.

Kleinkrafträder sind vom 9. Mai 1924 ab den Vorschriften des § 2 Abs. 1 und 2, § 3, § 4 Abs. 1, 2, 4 und 7, §§ 16—24, 26, 28, 35, 37, 39 der Kraftfahrzeugverordnung vom 15. März 1923 sinngemäß unterworfen.

Karlsruhe, den 1. Mai 1924. O.Z. 53
Bezirksamt. — Polizeidirektion C.

Für die Nacht vom 4./5. Mai wird die Polizeistunde für Karlsruhe allgemein auf 1 Uhr verlängert. W323
Karlsruhe, den 2. Mai 1924. O.Z. 54
Bezirksamt. — Polizeidirektion C.

Wichtig für jedermann (266
Kugel-Käse
(rote runde Kugeln)
Postkolli 9 ℔ ℳ 3.80
9 ℔ gelbe Nordmarkkäse „ 3.80
9 „ rote Tafelkäse „ 3.80
9 „ ¼ fett Holst. Tilsit. „ 4.30
9 „ ½ fett Holst. Tilsit. „ 6.10
9 „ dän. Edamer Käse „ 7.—
9 „ dän. Tafelkäse „ 6.75
9 „ ger. fetten Speck „ 8.55
9 „ hies. durchw. Speck „ 9.90
9 „ ger. Schweinsköpfe „ 4.70
9 „ ger. Schweinsbacken „ 6.90
9 „ Konsum-Rotwurst „ 5.20
freibl. ab hier Nachnahme
H. Krogmann, Nortorf i. H. Nr. 99
gegründet 1902.

Metallbetten
Stahlmatr., Kinderbett., direkt an Private, Katalog 78 R frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Gehwegherstellung entlang des Aufnahmegebäudes in Pforzheim umfassend etwa 120 qm Abbruch von Pflasterungen, 165 cbm Erdaushub, 45 cbm Zementbeton und 900 qm Plattenverlegung nach Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben. Bedingnisheft und Zeichnungen auf dem Baubüro in Pforzheim, Luisenstraße 2, zur Einsicht; dort auch Abgabe der Angebotsvordrucke. Angebote mit entsprechender Aufschrift spätestens bis **Samstag, den 10. Mai ds. Js., vormittags 11½ Uhr**, verschlossen und postfrei bei dem Baubüro in Pforzheim einzureichen. Zuschlagsfrist 8 Tage. (305
Karlsruhe, 30. April 1924.
Bahnbauinspektion I.

Druck G. Braun, Karlsruhe.